

1. Mai 2006: SITZENBLEIBEN GEGEN NAZIS! AUFSTEHEN GEGEN DIE VERHÄLTNISSE!

Am 1. Mai 2006 planen die so genannten „Freien Kameradschaften“ um Christian Worch erneut einen Aufmarsch durch Leipzig. In den letzten Jahren wurden die Nazi-Demos von breiten Protesten begleitet und meist nach wenigen Metern gestoppt.

In diesem Jahr muss unser Ziel sein, die Nazis keinen einzigen Schritt laufen zu lassen. Die Erfahrungen des letzten Jahres zeigen, dass eine von vielen getragene Blockade auf der Marschroute ein sehr effektives Mittel zur Verhinderung des Nazi-Aufmarsches ist. Symbolische Demokratierituale,

wie Kundgebungen und Aktionen, die abseits von der Route stattfinden, reichen dazu nicht aus, da sie die Nazis weder stoppen noch stören.

In einer Gesellschaft, in der Rassismus, Antisemitismus und nationalistische Stimmungsmache an der Tagesordnung sind, ist aktiver Widerstand notwendig – nicht nur gegen Nazis. Es gilt immer auch, die Verhältnisse in Frage zu stellen, die solche menschenverachtenden Ideologien hervorbringen. Das schließt eine Kritik der aktuellen inhumanen Politik ein, die von dem for-

cierten Abbau der sozialen Rechte und bis zur Ausgrenzung und Kriminalisierung von MigrantInnen reicht – dies alles verbunden mit zunehmender Überwachung und Repression. Gegen diese Verhältnisse wollen wir nicht nur am 1. Mai aktiv werden.

Deshalb rufen wir zur Teilnahme am linken Block auf der 1. Mai-Demo und im Anschluss daran zur Sitzblockade gegen den Naziaufmarsch auf.

Infos: www.linxxnet.de/sitzenbleiben

1. Mai 2006

10:00 Uhr – Connewitzer Kreuz

Aufstehen gegen die Verhältnisse!

Gemeinsamer linker Block auf der 1.Mai-Demo

11:00 Uhr – Augustusplatz

DGB-Kundgebung

12:00 Uhr – Hauptbahnhof

Sitzenbleiben gegen Nazis! Naziaufmarsch verhindern!

Wer Antonov's militärisch nutzen will – will Krieg !

“Es ist in der Bevölkerung nicht jedem bekannt, dass wir bereits mit 6.600 deutschen Soldatinnen und Soldaten der NATO-Response-Force, der schnellen Einsatztruppe der NATO, im Einsatz sind.

Wir sind mittlerweile der größte Truppensteller für die von der NATO geführten Operationen.“ (Dr. Fr. Josef Jung)

Schon allein die verteidigungsinvestiven Ausgaben der Bundeswehr, die bei 6 Milliarden Euro liegen und somit auf 25 Prozent des Verteidigungsetats angewachsen sind, lassen eine Vorbereitung möglicher Angriffskriege durch die Bundesregierung erahnen.

In verschiedensten Bereichen wird hochgerüstet. Beschaffungsmaßnahmen, die sich aus einer politisch gewollten neuen Aufgabenstruktur ergeben, beispielsweise das Satellitenkommunikationssystem, das Luftverteidigungssystem, der Unterstützungshubschrauber Tiger, das Allschutztransportfahrzeug Dingo, der neue Schützenpanzer Puma oder auch der Spähpanzer Fenek, erscheinen unseren Parlamentariern als unumgänglich.

Gleichzeitig gewährleistet die Erhöhung des verfügbaren Rüstungsfinanzvolumens ab 2007 der NATO- Streitkraft Bundeswehr größere Beschaffungsvorhaben, ob es nun die Fregatte 125, das U-Boot 212 oder der GTK Boxer sind. Wenn die Bundeswehr zur Landesverteidigung nun diese hochtechnisierten Militärwerkzeuge hat, benötigen wir dann ab 2008 für die zukünftigen Ein-

sätze der Bundeswehr wirklich 180 neue Eurofighter und den A400M in der Stückzahl von 60?

Derzeit laufen dafür bereits erste Infrastrukturmaßnahmen an den beiden A400M-Flugplätzen Wunstorf und Hohn an. 100 bis 140 Millionen Euro werden hier in den nächsten Jahren in eine neue Infrastruktur investiert.

Wird durch das Flugabwehrsystem MEADS tatsächlich der Schutz gewährleistet, der den Bedrohungen unseres Landes und unserer Streitkräfte entspricht? Geht es überhaupt noch um die im Grundgesetz definierten Verteidigungsfälle?

Der kürzlich erschienene „Quadrennial Defense Review“ des Pentagon kommt zu dem Ergebnis, dass wir Europäer aufgrund fehlender Fähigkeiten nur noch für Stabilisierungsmissionen gefragt seien, aber nicht mehr für Einsätze mit hoher Intensität. Um globale Intensität geht es also. Um globale Machtinteressen geht es.

„Europa muss ... bereit sein“ – so steht es in der EU-Sicherheitsstrategie –, „Verantwortung für die globale Sicherheit und für eine bessere Welt mitzutragen“.

Die Bundeswehr hat sich im Laufe des Transformationsprozesses zu einer Armee im Einsatz entwickelt, deren Aufgabe darin besteht, weltweit die deutsche Vorstellung von Frieden und Zugang zu freien Märkten zu erzwingen. Die Bundeswehr wird von einer Selbstverteidigungsarmee umgebaut zu – was eigentlich?

Zu einer Armee im Einsatz? Dort, wo sie im Einsatz war, ist sie geblieben. Zu einer Interventionsarmee?

Ein Ende dieser Entwicklung und der damit verbundenen Frage nach weiteren Einsätzen im Ausland ist nicht absehbar.

Wiederholt haben Politiker erklärt, dass Deutschland sich, wenn überhaupt, lediglich in Form von logistischer und Lufttransportunterstützung beteiligen werde, aber auf gar keinen Fall mit Kampftruppen. Dabei rüsten die Politikstrategen gerade ungeniert das Angriffsheer zu einer schnell weltweit verlegbaren „Schlachtruppe“ auf.

Die NATO hat den Flughafen Halle-Leipzig als Standort für strategische Lufttransporte in zukünftige Kriegsgebiete übernommen.

Vor den Toren unserer Stadt wurden zwei Transportflugzeuge stationiert. Weitere Großraumtransportflugzeuge werden folgen. Diese „fliegenden Güterzüge“ sollen einer EU- Eingreiftruppe, einer Einheit, die vorwiegend aus Soldaten der 13. Panzergrenadierdivision aus Leipzig zusammengestellt wird, die schnelle Verlegung ihres tonnenschweren Großgeräts erleichtern.

Von wo in Europa auch immer die Antonov's ihre tonnenschwere Kriegslast aufnehmen und wohin sie auch immer ihre Gewaltpotentiale weltweit verbringen werden, sie kommen immer aus Leipzig.

Lutz Metzger

Mitglied des Friedenszentrum Leipzig

Tel.: 0341/9469319

email: LutzMetzger@msn.com

Gegenmacht schaffen – Konferenz zum 100. Geburtstag von Wolfgang Abendroth

Das Marxistische Forum Sachsen, der RotFuchs Förderverein e.V., Regionalgruppe Leipzig und die Marx-Engels-Stiftung Wuppertal laden aus Anlass des 100. Geburtstages des marxistischen Wissenschaftlers und Sozialisten Wolfgang Abendroth zu einer Strategiedebatte ein.

13.5. 2006, 10:00 Uhr - 17:30 Uhr im Liebknecht-Haus Leipzig

Ablauf der Veranstaltung:

Herbert Münchow, Leipzig: Meine Entdeckungsreise zu Wolfgang Abendroth

WDR-Film: Ein deutsches Schicksal

Dr. Martin Balzer, Marburg: Abendroth im griechischen Widerstand

Prof. Dr. Peter Römer, Kassel: Demokratie und Recht bei Wolfgang Abendroth

Prof. Dr. Ekkehard Lieberam, Leipzig: Gegenmachtstrategie als wissenschaftliche Politik

Prof. Dr. Ingo Wagner, Leipzig: Gedanken zu einem zeitgemäßen Übergangsprogramm

Kurzfilm: „Abendroths Parteinahme im Wahlkampf 1983 für die „Friedensliste“

Mittagspause

Moderation: Prof. Dr. Bernd Koenitz

Diskussion

Am 4. Mai 2006, 18:00 Uhr Gewerkschaftshaus, Kolonadensaal:

Linke Sozialpolitik in kommunaler Verantwortung? Mit: Heidemarie Lüth (Sozialdezernentin Chemnitz), Dr. Dietmar Pellmann (MdL) und Ingmar Meinicke (WASG).

Beratung

Die Beratung der Ortsvorsitzenden finden am 16. Mai 2006, 18:00 Uhr im Gewerkschaftshaus, Kolonadensaal statt. Thema: Leipzigs Schulden und die LVV. Mit Dr. Ilse Lauter, stv. Fraktionsvorsitzende im Stadtrat.

Mindestlohnkampagne auch in Leipzig?

Der Parteivorstand der Linkspartei hat in seiner Sitzung am 27. Februar eine Kampagne für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes beschlossen (s. u.).

Seit langem wird in verschiedensten Zusammenhängen über Mindeststandards bei Einkommen aus Erwerbsarbeit diskutiert. Normalerweise werden diese über Tarifverträge geregelt. Im Zeitalter des zügellosen a-sozialen Kapitalismus werden neben vielen anderen auch solche Errungenschaften von Kämpfen der organisierten ArbeiterInnenbewegung in Frage gestellt und Erreichtes rückgängig gemacht. Die sinkende Tarifbindung und eine Vielzahl Kleinunternehmen mit miserablen Arbeitsbedingungen und einer Entlohnung, die nur noch als sittenwidrig bezeichnet werden kann, rückt die Diskussion um einen gesetzlichen Mindestlohn in den letzten Monaten zu-

nehmend ins öffentliche Interesse und Bewusstsein. Dem Wettbewerb nach unten muss ein Riegel vorgeschoben werden! In vielen Ländern der EU gibt es inzwischen gesetzliche Mindestlöhne und die Erfahrungen damit sind positiv. Vor kurzem wurde von den Gewerkschaften NGG und ver.di eine breit angelegte Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn unter dem Motto „Kein Lohn unter 7,50 EURO“ gestartet. Auch in die Politik ist Bewegung gekommen. Die Linkspartei forderte bereits in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2005 einen gesetzlichen Mindestlohn von 1.400 Euro. Folgerichtig wurde zwischenzeitlich ein Antrag der Bundestagsfraktion vorgestellt und der Parteivorstand fasste untenstehenden Beschluss.

Die Leipziger AG b&g hatte auf der SDK und in der Beratung der Ortsvorsitzenden im März angeregt, diese Kampagne

in Leipzig ebenfalls zu unterstützen und zu einem ersten Treffen am 5. April in die Braustraße eingeladen. Das Ergebnis war ernüchternd: bis auf 3 Personen waren alles AktivistInnen der AG. So kann eine solche Kampagne natürlich nicht geführt werden. Voraussetzung zum Gelingen ist eine breite Beteiligung und ein dementsprechendes Engagement. Daher hat die AG einen Antrag mit konkreten Forderungen an den Stadtvorstand eingebracht, der noch im April zur Behandlung ansteht. Mit dieser Kampagne könnte der Stadtverband der Linkspartei seine Politikfähigkeit unter Beweis stellen. Es liegt an euch liebe Leserinnen und Leser dieses Beitrages ob das gelingt oder ob am Ende nicht Politikunfähigkeit unter Beweis gestellt wird. Wer mitmachen möchte bitte bei mir, Walther Schäfer oder Michael Nimz melden.

*Margitta Klug
Sprecherin der Leipziger AG b&g*

Kampagne für Mindestlohn

Beschluss des Parteivorstandes vom 27. Februar

1. Der Parteivorstand beschließt, bundesweit eine „Kampagne für Mindestlohn“ zu führen.
2. Auf der 1. Tagung des 10. Parteitag werden eine Debatte zum Thema „Mindestlohn“ geführt und die Kampagne gestartet.
3. Die inhaltliche, organisatorische und finanzielle Kampagnenplanung wird dem Parteivorstand am 27. März 2006 zur Beschlussfassung vorgelegt.
4. Der Parteivorstand schlägt der WASG vor, die „Kampagne für Mindestlohn“ als eine gemeinsame Kampagne zu führen. Der Vorschlag soll über die gemeinsame Steuerungsgruppe eingebracht werden.

Kampagne für Mindestlohn

Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes gehörte zu den zentralen Forderungen der Linkspartei.PDS im vergangenen Bundestagswahlkampf. In Auswertung des Bundestagswahlergebnisses wird die Forderung nach einem Mindestlohn nun auch aus anderen Parteien erhoben und steht sogar auf der Agenda der Bundesregierung. Das ist bereits ein Fortschritt und für uns ein erster Erfolg. Nun aber heißt es: Dran

bleiben! Denn: Ob es tatsächlich einen gesetzlichen Mindestlohn in ausreichender Höhe geben wird, ist damit keineswegs gesichert. Im Gegenteil, es ist zu befürchten, dass die CDU/CSU/SPD-Koalition eine gesetzliche Regelung vorlegt, in der ein gesetzlicher Mindestlohn nicht als untere Grenze gegen eine Fortsetzung der Lohnsenkungspolitik wirkt. Um die Einführung eines Mindestlohnes, der diesen Namen verdient, zu erreichen, ist in den kommenden Monaten das verstärkte Engagement außerhalb der Parlamente erforderlich. Einzelne Gewerkschaften haben seit Jahresanfang ihre Aktivitäten zur Einführung eines Mindestlohnes verstärkt.

Die Einführung eines solchen gesetzlichen Mindestlohnes hätte nicht nur unmittelbar praktische positive Folgen für Arbeitnehmerinnen und -nehmer. Es wäre damit auch gelungen, eine der Hauptsäulen neoliberaler Ideologie, den Satz nämlich, dass Lohnsenkungen zu mehr Arbeitsplätzen führten, zu zerstören.

Der Parteivorstand beschließt, mit einer eigenen Kampagne für unsere Antwort auf Lohndumping und „Bolkestein“-Richtlinie zu werben und die Ein-

führung eines Mindestlohnes in ausreichender Höhe und als Riegel gegen fortgesetzte neoliberale Lohnsenkungspolitik im Bereich unterer Tarifgruppen und Löhne zu befördern.

Der Parteivorstand bittet die WASG, sich an dieser Kampagne zu beteiligen und sie als gemeinsame Kampagne durchzuführen.

Die Kampagne wird auf dem Parteitag in Halle (ggf. auch auf dem zeitgleichen WASG-Parteitag) gestartet und am 1. Mai breit in die Öffentlichkeit getragen. Bis zu den Sommerferien soll, mit Schwerpunkt auf einzelne Regionen und Branchen, in Kooperation mit Gewerkschaften und anderen Verbänden für die praktische Umsetzung eines Mindestlohnes politisch geworben werden. Hierzu zählt auch, reale Armutslöhne in den Regionen aufzudecken, bekannt zu machen und regionale Bündnisse für Mindestlöhne/ Allgemein Verbindlichkeitserklärungen ins Leben zu rufen. Die Einführung eines Mindestlohnes muss als „Projekt von unten“ kenntlich bleiben.

In Kooperation mit der Bundestagsfraktion wird ein Bildungs- und Kampagnenmaterial erstellt. Dieses Material wird den Delegierten des 10. Parteitages übergeben.

Der deutsche Sozialstaat

In der LVZ vom 11. April 2006 schrieb Herr Hilder als Abgesang auf Herrn Platzek, das die SPD Mitglieder verunsichert seien über das „kurslose Dahindümpeln zwischen linker, sozialistischer Renaissance und marktwirtschaftlichen Reformversuchen.“

Sozialismus - in der SPD?

Leider informiert uns Herr Hilder nicht über den Sozialismus in der SPD. Aber wir erfahren durch diesen Kommentar immerhin, wo sich Herr Hilder auf dem rechten Flügel positioniert, wenn er die funktionierenden skandinavischen Sozialsysteme, an die Platzek sich programmatisch orientieren wollte, bereits als sozialistisch klassifiziert.

Offenbar haben sich viele Menschen bereits derart an den vorgetäuschten Sozialstaat in Deutschland gewöhnt, dass sie die Umverteilung von Besitz von Oben nach Unten und der Ausgleich von sozialen Benachteiligungen, wie sie in einem funktionierenden Sozialstaat normal sind, schon für Sozialismus halten.

Einige Beispiele mögen illustrieren, wie deformiert unser Sozialsystem ist und wie weit unser Sozialstaat bereits von den genannten Mindestanforderungen entfernt ist.

- Aus den einkommensschwächeren Schichten erreichen nur 60 Prozent das Rentenalter und beziehen durchschnittlich 6 Jahre lang Rente. Mit Erhöhung des Rentenalters auf 67 dürfte nur noch knapp jeder Zweite eine müde Mark von dem Geld sehen, das er ein Leben lang in die Rentenkasse einzahlte. Von den Besserverdienenden erreichen immerhin 85 Prozent die Rente und beziehen diese dann im Durchschnitt 20 Jahre lang! Der „Sozialtransfer“ geht also bei der Rente den umgekehrten Weg: von den Einkommensschwachen zu Gunsten der Einkommensstarken!

- Wer in einem prekären Beschäftigungsverhältnis oder von ALG 2 lebt, erhält begrenzte und pauschalierte Barmittel als Sozialtransfer. Neben den Barzahlungen hat der Gesetzgeber aber eine Fülle von sozial begründeten Steuererleichterungen geschaffen, bei de-

nen der Staat nicht auszahlt, sondern nur auf steuerliche Einnahmen verzichtet. Das empfinden die Betroffenen nicht als Sozialleistung (weil der Staat ihnen nur weniger von ihrem Verdienst wegnimmt) und benachteiligt zudem all jene, die nicht genug verdienen, um von dieser sozialen Leistung in gleichem Umfang wie Reichere profitieren zu können.

Wenn einer wohlhabenden Familie die Kinderbetreuung zu Dreivierteln finanziert wird, aber eine arbeitslose, allein erziehende Mutter ohne Chance auf einen Babysitter bleibt, zeigt sich unser Sozialsystem als Zweiklassengesellschaft.

- Steuermittel werden zu 60 Prozent aus den Lohnsteuern aufgebracht und hierbei ist die Mittelschicht, nicht die Oberschicht, überproportional belastet. Der Sozialtransfer findet also eher von der Mitte, als von oben nach unten statt. Leider kommt das für den Sozialtransfer eingeplante Geld dann in erheblichem Umfang wieder der Mittelschicht zugute: wird also nur „umgeschichtet“.

Obwohl, beispielsweise, kein „Häuslebauer“ als sozial bedürftig gelten kann, rechnete man die Eigenheimzulage zu den Sozialleistungen. Da die Mittel aber nur innerhalb der gleichen Schicht umverteilt werden, handelte es sich bei der Eigenheimzulage eben nicht um einen Sozialtransfer, sondern um eine versteckte Subventionierung der Bauwirtschaft! Übrigens sicher nicht die einzige Subvention, die man absichtlich falsch als „Sozialleistung“ etikettiert – und dann behauptet, dass der „Sozialstaat“ nicht mehr finanzierbar sei.

- Chancengleichheit ist eines der elementaren Voraussetzungen für einen Sozialstaat. In Deutschland jedoch wird die spätere soziale Stellung wesentlich von der Herkunftsfamilie bestimmt. 84 von 100 Kindern aus der Oberschicht gehen aufs Gymnasium, 72 zur Universität. Aus den unteren Schichten schaffen es ganze 33 aufs Gymnasium und ganze 8 an eine Universität.

Wer nun glaubt, wenigstens nach der gleichen Ausbildung die gleichen Chancen zu erhalten, irrt: in den Chefetagen der großen deutschen Unter-

nehmen sitzen zu 80 Prozent die Kinder der oberen 3,5 Prozent unserer Gesellschaft. Die Oberschicht in Deutschland ist eine geschlossene Gesellschaft, in der für Chancengleichheit – also für Kindern aus unteren Schichten – kein Platz ist.

An diesen wenigen Beispielen wird deutlich, das Deutschland trotz sozialer Leistungen und trotz eines Sozialsystems die Mindestanforderungen eines Sozialstaates nicht erfüllt. Wird allerdings der Wunsch nach einem funktionierenden Sozialstaat, statt unseres vorgetäuschten, auch weiterhin mit Plattitüden diskreditiert, dann ist es folgerichtig, wenn der Ruf nach Sozialismus lauter wird, als der nach einem Sozialstaat. Wenn der Sozialstaat nicht garantiert ist, kann auch das Ziel des Sozialstaates – der soziale Friede – nicht garantiert sein.

Ralf Stauttenberg

Girl's Day 2006

27. April 2006: Mädchen in die Politik! Einblicke! - Möglichkeiten! - Grenzen?

Ablauf:

9:30 Uhr linXXnet, Bornaische Str. 3d, oder im Bürgerbüro von MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistraße 120.
Girl's Brunch: Kennenlernen & Diskutieren mit Politikerinnen der Linkspartei

12:30 Uhr Neues Rathaus
Meine Stadt! Mittagessen, Einblick in die Arbeit von Stadträtinnen und Stadträten, Rundgang durchs Rathaus.

Kranzniederlegung

Zum Tag der Befreiung am
8. Mai 2006
findet eine Kranzniederlegung auf dem Ostfriedhof statt.
Der Treffpunkt ist
um 10:00 Uhr
die Kapelle.

Traditionsreise für Linksabbieger

Es ist wieder soweit. Die AG Reisen/AG Senioren des Stadtvorstandes der Linkspartei.PDS Leipzig bitten alle Genossen und Sympathisanten, die Möglichkeit der Teilnahme am Antifa-Treffen in Mala Upa zu prüfen.

Im Jahr des 120. Geburtstages von Ernst Thälmann ist vom linken Reisebüro „TUK“ eine Reise mit Gleichgesinnten ins Riesengebirge nach Spindlersmühl vom 24. bis 30. August 2006 geplant. Es sind noch Plätze frei.

Die Riesengebirgstreffen, jetzt Antifa-Treffen, fanden bereits 1922 bis 1933 mit deutschen und tschechischen Linken als Bekundung ihrer Solidarität im gemeinsamen Kampf für ein besseres Leben, am Fuße der Schneekoppe statt. 1927 sprach Genosse Ernst Thälmann auf der Kundgebung, unter dem Namen Kraft, über das Massenelend und die Solidarität. Dabei erhielten auch die

tschechischen Genossen von den deutschen Teilnehmern eine Fahne. Sie überdauerte den Faschismus und begleitete die Genossen zu den regelmäßig stattfindenden Traditionstreffen.

Beim Riesengebirgstreffen, das nach dem Reichstagsbrand 1933 stattfand, unterstützten tschechische Teilnehmer von der Verhaftung bedrohte deutsche Antifaschisten bei der Flucht ins Nachbarland.

Über Jahre hinweg gehört es zu den Traditionen, linke Positionen zur aktuellen politischen Situation auszutauschen, um wieder zu gemeinsamen Aktionen zu finden.

Anschließend trifft sich die Jugend zum Marsch auf die Schneekoppe. Die etwas Älteren können den Lift zur Spitze der Schneekoppe nutzen oder den Ort erkunden. Außerdem besteht die Möglichkeit, an einem gemeinsamen

Forum mit tschechischen und polnischen Genossen teilzunehmen.

In den 7 Tagen, die wir uns in Spindlersmühl, dem meistbesuchten Urlaubszentrum des Riesengebirges, aufhalten sind Tages- und Halbtagsfahrten zu Sehenswürdigkeiten sowie Fahrten in den Safaripark, zur Felsenstadt nach Prag und in den polnischen Teil des Riesengebirges vorgesehen. Zum Abschluss findet ein Folkloreabend statt. Die sechs Übernachtungen mit Halbpension sind im Hotel „Olympia“. Der Preis beträgt 344,- Euro, EZZ 45,- Euro. Die Ab- und Anreise erfolgt mit Bus ab Leipzig (Flughafen).

Anmeldungen bitte an das Reisebüro „Touristik und Kontakt International GmbH“ Danziger Straße 168, Berlin 10407. Tel. 030 4233333 oder Fax 030 42 33322 und Rückfragen über G. Uhlig, Tel. Lpz. 6883502 (mit Anrufbeantworter)

*AG Reisen / AG Senioren
der Linkspartei.PDS Leipzig*

Linkspartei unterstützt Protestaktionen an Leipziger Universitätsklinik – „Teile und Herrsche“ durch Klinikvorstand und Staatsregierung muss beendet werden

Nachdrücklich unterstützen wir als Abgeordnete des Sächsischen Landtages und Leipziger Stadträte die vielfältigen Protestaktionen, die es seit Wochen am Leipziger Universitätsklinikum gibt. Wenn Ärzte und das nichtärztliche Personal streiken und auf die Straße gehen, muss es dafür Gründe geben. In der Tat hat sich in den letzten Jahren viel berechtigter Frust aufgestaut, der sich nun entlädt. Personalmangel, unbezahlte Überstunden und Gehaltskürzungen sowie Forschung und Lehre in der Freizeit sind nur einige bedrückende Tatsachen aus dem Klinikalltag, die das Fass zum Überlaufen gebracht haben.

Für diese nicht länger tragbaren Zustände gibt es viele Ursachen. In erster Linie ist dafür die verfehlte Gesundheitspolitik auf Bundesebene verantwortlich. Aber auch auf Landesebene gibt es selbst verschuldete Fehlentwicklungen. So erweist sich die Umwandlung der Universitätsklinik in eine Anstalt öffentlichen Rechts immer mehr als ein Instrument zur beschleunigten knallharten Ökonomisierung. Es wurde seitens der sächsischen Staatsregie-

rung vor Jahren bewusst ignoriert, dass ein Universitätsklinikum, will es seinen Aufgaben in Lehre, Forschung und Patientenversorgung gerecht werden, nicht wie ein klassisches Wirtschaftsunternehmen verwaltet und gesteuert werden kann. Nach alledem kann sich die sächsische Staatsregierung heute nicht auf den Weg des Problemaussitzens begeben. Minister sind nicht nur Mitglieder des Aufsichtsrates des Klinikums, sondern bei der Staatsregierung liegt zumindest die Rechtsaufsicht. Deshalb fordern wir sowohl die sächsische Wissenschaftsministerin Barbara Ludwig als auch Gesundheitsministerin Helma Orosz dringend auf, sich nach Leipzig zu begeben und das klärende Gespräch mit allen Beteiligten zu führen. Zugleich

erwarten wir eine Teilnahme beider Ministerinnen an der für den 19. April in Leipzig angekündigten großen Ärztekundgebung.

Schon vorher sollten sie die Vorstände der Universitätsklinik allerdings dringend zur Ordnung rufen. Mit ihren haltlosen Aussagen, während der Streikaktionen würde die Arbeit der bei der Fakultät angestellten Ärzte von denen bei der Anstalt öffentlichen Rechts übernommen, heizen sie nach dem Prinzip „Teile und Herrsche“ ohnehin bestehende Konflikte in skandalöser Weise weiter an. Wir appellieren daher an die gesamte Ärzteschaft des Universitätsklinikums, sich von derartigen Aufforderungen zum Streikbruch nicht einschüchtern zu lassen und sich zugleich auch für die Interessen des nicht-ärztlichen Personals mit einzusetzen.

*Leipzig, 13. April 2006
Dr. Volker Külöw / Dr. Dietmar Pellmann*

Soli-Aktion für Kuba

Zur Unterstützung Kubas geben wir preisgünstig gebrauchte Fahrräder ab. (für Kinder und Erwachsene).

Der Erlös wird dem Soli-Konto für Kuba zugeführt. Ansprechpartner über Telefon: 034298 35383

AG Cuba si

Offener Brief an die Mitglieder und Sympathisanten des Stadtverbandes der Linkspartei.PDS–Leipzig

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

es ist uns ein Bedürfnis, dem Aufruf „Für eine antikapitalistische Linke“ unsere uneingeschränkte Unterstützung zu erteilen. Besonders erfreut uns, dass zu den Erstunterzeichnern auch Volker Külow und Dietmar Pellmann gehören. Damit haben sich zwei wichtige Politiker der Leipziger Linkspartei.PDS zur Notwendigkeit zweier zentraler Aufgaben – mobilisierungsfähig werden und eine gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus in die öffentliche Debatte bringen – bekannt.

Dieses Bekenntnis bezieht auch die formulierten absoluten Minimalbedingungen einer Regierungsbeteiligung auf Landesebene ein, einschließlich von Umständen, diese zu beenden. Dem können wir ebenfalls nur zustimmen – zumal bisher gerade die Bestimmung der Grenzen für eine Regierungsbeteiligung auch in der sächsischen Linkspartei.PDS wenig ausgeprägt, dafür aber der Wille zur Beteiligung dominant sind.

Im Aufruf wird klar bestimmt, dass es für eine Partei mit „regierungsorientiertem Pragmatismus“ und „unverbindlichen antineoliberalen Floskeln“ „keinen gesellschaftlichen Bedarf“ gibt. Damit eng verbunden ist die Frage nach Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit parlamentarischen Wirkens –

und dies bereits auf kommunaler Ebene.

Aus aktuell gegebenem Anlass verweisen wir jedoch auf eine Problematik und dazu gehörende Widersprüche:

1. Statt sich zu einem „eigenständigen Akteur“ sozialer Protestbewegungen mit der Option noch größerer Durchsetzungsfähigkeit linker Politik im Stadtrat zu entwickeln, tagt z.B. unsere Fraktion hinter „verschlossenen Türen“ und verbleibt so in einer Rolle eines 'wir wissen, was gut und möglich für euch ist' verfangen. In der wichtigen Phase der Entscheidungsfindung, dem Abwägen von Alternativen und dem Aufgreifen von Forderungen sozialer Bewegungen sind diese 'außen vor'. Verwiesen wird dafür auf die öffentliche Stadtratssitzung, in der dann die jeweilige Position als passiver Zuschauer entgegen genommen werden kann. Statt im Vorfeld auf breite Unterstützung zu setzen, wird erwartet, dass im Nachhinein etwas Unterstützung oder Verständnis findet, an dessen Zustandekommen man vorher nicht beteiligt war!

2. Werden Kernforderungen der sozialen Bewegungen – wie in den jüngsten Beschlüssen der Stadtdelegiertenkonferenz – angenommen, so können widerspruchlos Stadträte erklären, dass sie diese nicht akzeptieren! Übrigens wider besseres Wissen – da uns bekannt ist, dass durchaus Anträge im

Sinne dieser Beschlüsse im Stadtrat eingebracht wurden!

3. Wie heißt es doch im Aufruf – „Nicht nur abwartender Unterstützer sozialer Protestbewegungen zu sein“ sondern „eigenständiger Akteur zu werden“! In dieser Hinsicht hat sich die Leipziger Linkspartei.PDS in den vergangenen Monaten durchaus spürbar bewegt. Aber es gibt auch Rückschläge. So kann es u. E. nicht genügen, sich verbal hinter die Mobilisierung und Teilnahme an der z. Z. einzigen aktiven Protestform – den Montagsdemos – zu stellen, andererseits aber die innerparteiliche Terminplanung unverändert montags zu belassen! Noch unverständlicher ist jedoch, dass ein Bürgerforum zum brandaktuellen Thema „Erzwungener Umzug – wo bleiben die Interessen der Mieter?“ am Montag, dem 10. April 2006, 18:00 Uhr angesetzt wird! Damit bleiben zwangsläufig die Aktivisten des Protestes – die erst am 20. März dem Thema der Zwangsumzüge eine eigene Montagsdemo widmeten – von der Teilnahme ausgeschlossen. Wieder ist ein möglicher erster Schritt hin zur Mobilisierungsfähigkeit vertan.

Mit unserem offenen Brief verbinden wir die Hoffnung, dass in einer breiten Debatte in allen Ebenen unseres Stadtverbandes im Sinne des Aufrufes „Für eine antikapitalistische Linke“ auch für die genannten „hausgemachten“ Widersprüche neue Wege und Lösungen erstritten werden.

Leipzig, 07.04.2006
Petra Weißfuß / Pia Witte

Diskussion zum Rahmenantrag der BT-Fraktion DIE LINKE „Strategien zur Überwindung von Hartz IV“

Die AG „Soziale Politik“ in und bei der Linkspartei.PDS–Leipzig hatte am 28. März 2006 in Fortsetzung von Diskussionsforen zur Suche nach Wegen einer wirksameren Verbindung außerparlamentarischen mit parlamentarischen Aktivitäten zum o.g. Forum eingeladen.

Erfreulich war die Teilnahme von Vertretern aus Bereichen, zu denen wir bisher wenige Verbindungen hatten (hervorzuheben ist die AG SeniorInnen). Zugleich müssen wir aber auch konstatieren, dass das erwartete Interesse, besonders aus gewerkschaftlichen Kreisen, sich nicht bestätigte.

Zunächst riefen wir den zeitlichen Entstehungsprozess des Rahmenantrages unserer BT-Fraktion in Erinnerung:

Ausgehend von der im Wahlprogramm der Linkspartei.PDS erhobenen Forderung nach „Hartz IV muss überwunden werden“, folgte am 17. Oktober 2005 im 100-Tage-Programm die Bekräftigung „weg mit Hartz IV – soziale Grundversicherung einführen“. Im Dezember 2005 wurde der Entwurf des Rahmenantrages zur Debatte gestellt. Daran schloss sich die wohl in Art, Umfang und politischer Signalwirkung bedeutende Anhörung mit fast 500 vorwie-

gend aus der sozialen Bewegung stammenden 'Experten' am 24. Februar 2006 in Berlin an. Anfang März entfaltete sich im Zuge der Endfassung eine heftige Debatte innerhalb der Fraktion, in die über 50 Teilnehmer der Anhörung in E-Mails, besonders an die gewerkschaftlichen Vertreter, ihrer Enttäuschung ob des erneuten Zurückweichens von den Forderungen der sozialen Bewegungen (u. a. Höhe des Regelsatzes, bedingungslose Grundsicherung, kein Arbeitszwang) Ausdruck verliehen. Am 15. März 2006 wurde der stark abgeschwächte Rahmenantrag auf den Geschäftsgang in den Bundestag eingebracht.

Die anschließende Diskussion schloss auch den besonderen Aktionstag vom

20. März 2006 ein. Ausgehend von einem Aufruf des bundesweiten Aktionsbündnisses Sozialproteste hatte an diesem Montag Peter Grottian in Berlin zu einer Pressekonferenz gegen Zwangsumzüge eingeladen, an der unsere Sprecherin Pia Witte aktiv beteiligt war. Parallel dazu wurde die Montagsdemo in Leipzig ganz dieser Problematik gewidmet – mit Aktion, Forderungen und Beispielen der bereits ca. 900 betroffenen Leipziger.

Natürlich blieb es in der regen und of-

fenen Diskussion nicht aus, auf aktuelle Problemfelder innerhalb der Leipziger Linkspartei.PDS sowie auf die Schwierigkeiten in der Bündelung außerparlamentarischer Aktivitäten zu verweisen. Nicht befriedigen kann so z. B. die Schwäche bei der Mobilisierung zur Montagsdemo durch die Linkspartei.PDS und die Haltung einiger Stadträte zu Forderungen der sozialen Bewegung. Übereinstimmend wurde konstatiert: Wir brauchen die Straße, den Protest zur Unterstützung unserer par-

lamentarischen Aktivitäten! Und – wir brauchen mehr Öffentlichkeit bereits um Rahmen von Entscheidungsvorbereitungen unserer Fraktion.

Mit Unverständnis wurde zur Kenntnis genommen, dass das gewerkschaftliche Engagement von ver.di am sozialen Protest in Form der Montagsdemos eingestellt wurde – gerade in einer Zeit, da es mehr denn je auf Solidarität von Erwerbstätigen und Erwerbslosen ankommt!

Petra Weißfuß / Pia Witte

Fraktionsklausur zu sozialem Stadtumbau und zum Stand der Kulturentwicklungsplanung

Auf ihrer diesjährigen Klausurberatung am 8. und 9. April in Machern verständigte sich die Linksfraktion.PDS im Stadtrat zu Leipzig zu strategischen Überlegungen des sozialen Stadtumbaus sowie zum Stand Kulturentwicklungsplanung.

Vor dem Hintergrund des anhaltend hohen Wohnungsleerstandes und der wachsenden sozialen Probleme, die sich in stagnierenden bzw. tendenziell sinkenden Haushaltsnettoeinkommen niederschlagen, beriet die Fraktion über ein Konzept des sozialen Stadtumbaus. Es wurde eine kritische Wertung der Konzepte einer schrumpfenden Stadt von außen nach innen und der Perforation der Stadt vorgenommen. Beide Konzepte haben sich als nicht lösungsorientiert für einen stra-

tegisch angelegten sozialen Umbau erwiesen. Von der Fraktion wird das Konzept einer durchgrüntten, kinder- und familienfreundlichen Stadt bevorzugt. Dies basiert auf der Stärkung der urbanen Ortskerne und der Konzentration auf die sozial benachteiligten Stadtteile.

Gemeinsam mit Kulturwissenschaftlern, Kulturpolitikern und Vertretern von kulturellen Einrichtungen verständigte sich die Fraktion zum Stellenwert der Kultur im gesamtstädtischen Kontext. Ausgangspunkt ist die Erarbeitung eines Kulturentwicklungsplanes, der – beantragt durch die Linksfraktion.PDS – demnächst der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll. Nach der Diskussion sieht sich die Linksfraktion.PDS darin bestätigt, dass

- auf der Grundlage einer Bestandsanalyse eine mittel- und langfristige Steuerung von kulturpolitischen Prozessen unter Einbeziehung vieler Akteure dringend erforderlich ist. Die aus dem Zusammenhang gerissene, zum Teil populistische und unsachgemäße Forderung nach Schließung von Kultureinrichtungen schadet dem Image der Stadt Leipzig.

- sich auch die Kulturpolitik im starkem Maße auf Kinder, Jugendliche und Familien ausrichten muss. Kultur muss einen eigenständigen Bildungsanspruch formulieren und die Teilhabe sozial benachteiligter Menschen ermöglichen.

- die Sozio- bzw. Stadtteilkultur in diesem Zusammenhang einen hohen Stellenwert einnimmt. Entsprechend ist sie zu fördern.

Linksfraktion.PDS stellt Anfrage zur Erstattung steigender Betriebs- und Heizkosten für Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld an die Ratsversammlung am 26. April 2006

In den letzten Wochen haben die meisten Vermieter Schreiben versandt, in denen sie erheblich höhere Neben- und Heizkosten ankündigen. Darin fordern sie Mieter auf, bereits im laufenden Jahr eine höhere Pauschale zu zahlen, weil ansonsten mit erheblichen Nachzahlungen zu rechnen sei. Viele Beziehende von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld haben sich daraufhin entschlossen, dem Wunsch ihrer Vermieter nachzukommen, was faktisch bedeutet, dass die höheren Pauschalen aus dem Regelsatz gezahlt werden müssen. Dennoch dürften auf die Stadt Leipzig erhebli-

che Mehrausgaben für Kosten der Unterkunft und Heizung zukommen, was im Haushaltsplan für 2007 dargestellt werden muss.

Wir fragen den Oberbürgermeister:

1. Wie hoch sind die Nachzahlungen für die Betriebskostenabrechnung des Jahres 2004 für Leipziger Bedarfsgemeinschaften nach SGB II und XII? Wie hoch war der Anteil, der den Betroffenen davon von der Stadt Leipzig erstattet wurde?

2. Wie gehen die ARGE bzw. die Stadt Leipzig mit Betroffenen um, die sich im laufenden Jahr zu einer „freiwilligen“

Begleichung der erhöhten Pauschalzahlungen entschlossen haben? Wird ihnen der zusätzliche Betrag auch dann gezahlt, wenn er die gegenwärtig in Leipzig geltende Höhe der entsprechenden Pauschale übersteigt oder muss er aus dem Regelsatz beglichen werden?

3. Welche Überlegungen gibt es bei der Stadtverwaltung zu einer Anhebung der zu erstattenden Pauschalen für Heizung und Nebenkosten, zumal die Preissteigerungen bekannt sind bzw. einkalkuliert werden könnten?

4. Mit welcher Steigerung der Ausgaben für Heizung und Nebenkosten rechnet die Stadtverwaltung für 2007, wo bekanntlich auf die Betriebskostenabrechnungen für das Jahr 2005 zu reagieren ist?

Regelmäßige Termine

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d.
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 15:00 Uhr und 18:30 Uhr

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

mittwochs, 18:30 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

AG Parteireform von unten

jeden 3. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, (Arbeitsberatung) und jeden 3. Dienstag, (thematische Veranstaltung, 18:00 Uhr

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

IG Wohnungs- und Mietpolitik

jeden 3. Dienstag, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Die Linke.Hochschulgruppe

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

Rentenberatung

Termine nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 14 06 44 11

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Montag, 18:00 Uhr

Terminvorschau

Mo., 24. April 2006 - 18:00 Uhr

Quo vadis Linkspartei. Diskussion auf dem Wege zur neuen Linkspartei Kulturraum, Alten- und Pflegeheim, Waldstr. 74.

Di., 25. April 2006 - 18:00 Uhr

Bürgerforum mit MdB Dr. Barbara Höll zum Thema: „Die sozialen Zumutungen der Großen Koalition - welche Impulse gehen von der neuen Bundestagsfraktion Die Linke aus?“ Jugendherberge, Volksgartenstraße 24 (7. Stock).

Di., 25. April 2006 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: „Lateinamerika, Hoffnung für Linke?“ mit Dr. Peter Hamann. Seniorentreff, Karl-Heine-Straße 41.

Mi., 26. April 2006 - 11:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdB Dr. Barbara Höll. Bürgerverein Paunsdorf, Goldsternstr. 54.

Mi., 26. April 2006 - 18:30 Uhr

Zwangsvereinigung oder freiwilliger Zusammenschluss? - Zum 60. Jahrestag der Gründung der SED. Mit Dr. Dietmar Pellmann, MdL, Freizeittreff Völkerfreundschaft, Stuttgarter Allee 9.

Do., 27. April 2006 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Der Zusammenschluss von KPD und SPD – Ein Fazit mit dem Abstand von sechs Jahrzehnten. Mit Prof. Dr. Günter Benser, Berlin, RLS.

Fr., 28. April 2006 - 18:00 Uhr

„Unterm Dach“ - Literaturcafe am Freitag: „Erzählen & Schreiben“ Lesung und Begegnung mit der FREITAGSWERKSTATT / Verein DIALOG e. V. AG LISA. LHL.

Mi., 3. Mai 2006 - 18:00 Uhr

Öffentliches Forum für eine neue Linkspartei „Sozialer Stadtumbau in Leipzig“ mit Prof. Joachim Tesch. Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10 a.

Do., 4. Mai 2006 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Aus der Arbeit der Fraktion der Linkspartei. PDS auffinanzpolitischem Gebiet der Stadt. Gast: Mitglied der Fraktion. LHL.

Do., 4. Mai 2006 - 17:30 Uhr

Südosteuropäische Kulturgeschichte in Reiseberichten – Studien und biographische Skizzen zwischen dem 16. und 20. Jahrhundert. Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig/Klagenfurth. RLS.

Mi., 10. Mai 2006 - 18:00 Uhr

Buchvorstellung: „Frauen aus Deutschland in der französischen Résistance“. Mit der Herausgeberin Dr. Ulla Plener, Berlin. In Zusammenarbeit mit LISA Leipzig. RLS.

Mi., 10. Mai 2006 - 19:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Schafft der Kapitalismus (doch noch) die unternehmerische Persönlichkeit? Mit Prof. Dr. Manfred Moldaschl, TU Chemnitz. In Zusammenarbeit mit dem AK „Kritische Theorie“ beim StudentInnenRat der Uni Leipzig. Universität Leipzig, GWZ, Beethovenstr. 15.

Fr., 12. Mai 2006 - 19:00 Uhr

„6 in the city“ - das linxxnet feiert 6. Geburtstag, linxxnet.

Sa., 13. Mai 2006 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leip-

zig. Gezeigt wird der Film: „Die weiße Rose“. Der Eintritt ist frei. LHL.

Mo., 15. Mai 2006 - 18:00 Uhr

MdB Dr. Barbara Höll und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. laden zu einem Vortrag mit anschließender Diskussion ein. Thema: „Globalisierung und Globalisierungsgegner“ mit Peter Ullrich. Bürgerbüro MdB Höll, Gorkistraße 120

Mo., 15. Mai 2006 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Der Schwedische Sozialstaat. Mit Carl Tham, Schwedischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland. Moderation: Dr. Monika Runge, MdL

Mi., 17. Mai 2006 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: Zur gegenwärtigen Entwicklung in Lateinamerika. mit Prof. Dr. Helma Chrenko, Arbeitskreis Lateinamerika beim Bundesvorstand der Linkspartei. PDS, Berlin. Wir laden alle Interessenten recht herzlich ein. Veranstalter: OV-Messemagistrale. Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10a

Do., 18. Mai 2006 - 17:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Zum gesellschaftlichen und politischen Transformationsprozess in Albanien. Mit Prof. Dr. Erwin Lewin, Berlin. RLS.

Fr., 19. Mai 2006 - 19:00 Uhr

„Längeres gemeinsames Lernen!“ Diskussion zur sächsischen Schulpolitik. mit Julia Bonk, MdL; Eltern- und Schülervertretern. linxxnet.

Impressum:

Herausgeber:

Linkspartei.PDS Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18
homepage: <http://www.linkspar-tei-leipzig.de>, email: vorstand@linkspar-tei-leipzig.de

Spendenkonto:

Sparkasse Leipzig, KontoNr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion:

Steffi Deutschmann, Christine Halle, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung:

Sören Pellmann

Druck:

GNN-Verlag Schkeuditz, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 5/2006 ist Donnerstag, 4. Mai 2006. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.